

Fördern – Steuern – Entwickeln. Ziele der Kulturförderung für die Stadtentwicklung

13.3.2018, Vortrag vor der Zukunftswerkstatt Bremerhaven

von Dieter Haselbach

Ich möchte im folgenden Vortrag durchbuchstabieren, wozu und wofür öffentliche Förderung in der Kultur gegeben wird. Ich möchte das erst einmal grundsätzlich angehen, erst zum Schluss darauf zu sprechen kommen, was dies in der Entwicklung der Kulturpolitik Bremerhavens bedeuten könnte.

Eine Anmerkung allerdings möchte ich vorausschicken. Die „Zukunftswerkstatt Bremerhaven Kultur 2027“ habe ich als eine sehr bemerkenswerte und positive Anstrengung gelesen, Bremerhaven kulturpolitisch zu positionieren. Ich werde am Ende meiner Überlegungen auf die Ergebnisse und Empfehlungen eingehen. Auch die ältere Initiative, das Kulturadressbuch Bremerhaven, hat mich beeindruckt. Falls dies auf öffentliches Interesse stößt und aktiv von der Bevölkerung genutzt wird, ist es den Aufwand wert, der in die Pflege einer solchen Datenbank einfließt.

Zunächst verzeihen Sie bitte, dass ich grundsätzlich werde. Ich möchte über Ziele sprechen.

Menschen handeln, weil sie Ziele verfolgen. Es gibt viele Ziele. Unterschiedliche Menschen verfolgen unterschiedliche Ziele. Alle Menschen verfolgen zu unterschiedlichen Zeiten verschiedene Ziele. Mal hat man Hunger, mal braucht man Urlaub, dann möchte man reich werden, aber nur, wenn man geliebt wird. Also erst essen, dann lieben, dann reich werden? Oder eben sparen, reich werden, dann gut essen? Eine Teilmenge menschlicher Ziele sind kulturelle oder künstlerische Ziele. So kann sich Handeln auf ein Bild, eine Operninszenierung, eine Musikaufführung richten. Oder darauf, ein Museum oder eine Operaufführung zu besuchen oder auch einem Konzert zu lauschen. Antrieb zum Handeln

ist immer jenes Ziel. Wer keine Ziele hat, handelt nicht, sondern verhält sich allenfalls. Ebenso wie künstlerische kann es beispielsweise auch soziale oder wirtschaftliche Ziele geben: auch dies sind Teilmengen möglicher Ziele. Wirtschaftliche und künstlerische Ziele können sich sogar mischen. Ein wirtschaftliches Ziel mag sein, aus einer Beschäftigung einen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Dann schneidet eine Friseurin die Haare nicht, weil sie schön geschnittene Haare in ihrer Umgebung möchte (künstlerisches Ziel), sondern um davon Essen und Miete zu bezahlen. Oder eine Malerin möchte ihre Bilder verkaufen, ein Theater ein volles Haus zahlender Gäste zu haben, um die Mitarbeiter zu entlohnen.

Ziele können ganz schlicht sein („Jetzt etwas zu trinken!“). Oder Ziele sind komplex („Mehr Gerechtigkeit in der Welt, aber ohne, dass mir dabei etwas weggenommen wird!“), dann ist manchmal nicht ganz klar, was genau die Handlung sein soll. Aber auch hier ist gewiss: durch Nichtstun wird weder der Durst weggehen noch die Gerechtigkeit in der größer werden. Ziele können mich als Person betreffen oder sie können als Akteur oder Adressaten auf eine Gruppe von Menschen verweisen. Das Ziel „Wir wollen eine neue und ganz andere Regierung“ mag einem kollektiven Wunsch in der Bevölkerung entsprechen (falls es der Bevölkerung nicht gleichgültig geworden ist: Es ging ja auch ohne), als handelnden Akteur hat dieses Ziel die Berliner Politik, als Vollzugsorgan das Parlament, das allerdings beim Realisieren des Ziels bisher nicht viel zu sagen hatte. Beim Klimaschutz ist nicht klar, wer Akteur sein soll und das ist sicherlich ein Grund, warum wir hier so wenig vorankommen.

Uns interessieren hier politische Ziele, kulturpolitische Ziele. Wie immer sie zustandekommen: In unserer politischen Verfassung sind sie Ausdruck des legitimen kollektiven (politischen) Willens in einem Gemeinwesen, was kulturell in diesem Gemeinwesen passieren soll. Politische Ziele sollen wirken. Und politischer Erfolg misst sich daran, dass das Gewollte geschieht und dass so die gewollten Wirkungen eintreten. – Dabei sei nur am Rande angemerkt, dass manchmal die Koppelung zwischen dem, was getan wird und dem, was bewirkt werden soll, recht unklar ist. – Man könnte, um dies zu verdeutlichen, zum Beispiel die Koppelung zwischen einem Software-Update an Fahrzeugen als Tun und der Verbesserung der Luftreinheit als gewollter Wirkung untersuchen. Oder man

könnte einige Wirkungsbehauptungen aus der kulturellen Bildung auf den Prüfstand stellen, die darauf hinauslaufen, dass kulturell gebildete bessere Menschen sind.

Was sind sinnvolle kulturpolitische Ziele? Es sind Ziele, die einen Unterschied machen. Sie setzen eine Spannung zwischen dem, was gewollt wird und dem, was nicht gewollt wird. Wo alles gewollt wird, wird nichts gewollt. Den Unterschied ist, dass mit dem Erreichen des kulturpolitischen Ziels etwas Merkbares geschieht, also etwas bewirkt wird.

In der politischen Praxis allerdings bleiben kulturpolitische Ziele oft im Vagen und im allgemeinen Guten. Der öffentlichen Kulturförderung wird dann mit großer Geste ein allgemeiner Wert zugewiesen und es bleibt unklar, was genau geschehen soll.

Ein paar Mantren der Kulturpolitik als Beispiel:

- „Ohne öffentliche Förderung bricht alles zusammen!“
- „Kultur fördert den Frieden in der Gesellschaft!“
- „Kulturelle Bildung schafft Teilhabe!“
- „Kulturwirtschaft ist ein Wachstumsfaktor!“

Mit solchen Zielen kann man alles oder nichts tun. Es sind nicht wirklich Ziele, sondern Glaubensbekenntnisse, die nicht zum Handeln führen. Kulturförderung wäre hier immer gut. Mehr Kulturförderung ist dann besser, und noch mehr noch besser. – Was genau aber wäre zu tun, und wo entsteht der Unterschied, den Kulturförderung bewirken soll?

Im politischen Feld konkurrieren Ziele miteinander. Da ist es besser, das eigene Anliegen ist konkret und handlungsleitend. Öffentliche Güter gibt es viele und leicht lassen sich außerkulturelle Ziele finden, die öffentliche Unterstützung brauchen und für die ähnlich pauschal beansprucht werden kann, dass sie gut sind. Oder wollte man sagen, dass die Energiewende, Kindergärten, die Bahn, freie Fahrt auf den Straßen und eine Reduzierung des Verkehrs sowie ein auskömmliches Einkommen für alle nicht gut seien? Um nur einige Felder zu nennen, in der die öffentlichen Hände Verantwortung übernehmen.

Bei der Formulierung kulturpolitischer Ziele muss es also um Differenzierung gehen. Es muss um konkrete Sachverhalte gehen, bei denen ein Unterschied gemacht wird. Generelle Wirkungsversprechen und Glaubenssätze (so schön sie klingen mögen) helfen selbst dann nicht, selbst wenn sie von allen fest geglaubt werden. Die politische Frage ist: Wie viele unserer Ressourcen möchten wir diesem, und wie viele jenem anderen Zweck widmen? In einer Welt mit begrenzten Ressourcen lautet sie: Möchten wir mehr Theater oder mehr Anstrengungen in der kulturellen Bildung oder einen Akzent im kulturellen Image? Allerdings: Auf diesem Weg genaue Ziele der Kulturpolitik vor Ort zu formulieren, ist anstrengend und anspruchsvoll – das gehört sicherlich zur Erfahrung aus der Bremerhavener Kulturentwicklungsplanung der letzten Jahre.

Man kann vier Handlungsfelder nennen, in denen Kulturpolitik regelmäßig gefordert ist, ganz unabhängig davon, welche Ziele formuliert werden:

- Welche kulturelle **Anschauung** soll für die Bevölkerung durch öffentliches Geld ermöglicht oder erleichtert werden? – Und welche soll es nicht?
- Welche Angebote **kultureller Bildung** sollen für die Bevölkerung bereitgestellt werden? – Und welche werden nicht gefördert?
- Welche Rolle soll Kultur im **Standortmarketing** spielen? – Und wo liegen die Grenzen der Anwendbarkeit kultureller Themen im Standortmarketing?
- Welches **kulturelle Erbe** fällt in öffentliche Verantwortung und wie soll damit umgegangen werden? – Und was wird nicht in der öffentlichen Verantwortung gesehen?

Natürlich sind diese vier Fragen nicht präzise voneinander abgegrenzt. Es gibt Überlappungen. – Vielleicht fällt auch auf, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft und ihre Förderung als ein – wie gesagt wird – wachstums- und zukunftssträchtiger Wirtschaftsfaktor in dieser Liste der Zielfelder nicht auftaucht. Es wäre zu begründen, dass sie nicht so sehr kulturpolitisches als wirtschaftliches Handlungsfeld ist und, auch das sei ge-

sagt, als Wachstumsfaktor überschätzt ist. Ich lasse es hier dabei, zu sagen, dass die Kreativ- und Kulturwirtschaft kein kulturpolitisches, allenfalls ein wirtschaftspolitisches Handlungsfeld ist.

Ein paar Sätze zu den Zielfeldern der Kulturpolitik sollen deutlich machen, worum es geht:

Anschauung: Angesichts der Begrenztheit öffentlicher Mittel muss eine begründete Auswahl getroffen werden, welche Kulturangebote gefördert werden sollen und können. Alles geht nicht. Inhaltlich mag es helfen, wenn man vom Bild ausgeht, dass zu unterschiedlichen Kunstfeldern und Praktiken exemplarisch Anschauung möglich ist. Öffentliche Förderung ist eine Hervorhebung einer Praxis. Das bedarf immer sorgfältiger Begründung, auch mit Blick auf das, was eben nicht hervorgehoben wird. Wozu soll die Anschauung dienen? Wie rechtfertigt sich die Zurückweisung anderer Angebote?

Eine Möglichkeit, ein öffentliches Ziel zu formulieren, wäre: Die geförderten Formen der Anschauung sollen dazu verhelfen, den Bürgern eine eigene Praxis der Aneignung künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen, sei sie passiv in der Rezeption, sei sie aktiv in der Laienkultur, oder sei sie Vorbereitung auf einen kunstnahen Beruf.

Auch für die **kulturelle Bildung** gilt, dass nicht alles möglich ist, was man vielleicht wollen könnte. Auch hier ist Förderung eine Heraushebung. Für kulturelle Bildung ist Kulturpolitik nicht allein verantwortlich, sondern arbeitet im Netzwerk mit anderen: Bildung ist, soweit sie öffentlich organisiert ist, eine Aufgabe der Kindergärten, der Schulen und Universitäten. Das schließt kulturelle Bildung ein. Nur neben diesen Institutionen gibt es ein kommunales Angebot kultureller Bildung, das sorgfältig mit den Kerninstitutionen der Bildung verzahnt arbeiten muss. Kulturelle Bildung hat zwei Ziele, die ineinander greifen: das Referenzsystem zur Anschauung schulen und kulturelle Selbsttätigkeit anregen: aus dieser kann und soll ein Referenzsystem für den individuellen Lebenssinn vielleicht Anregung beziehen.

Was **Kultur für ein Standortimage** leisten kann, hängt sehr stark von lokalen Bedingungen ab. Für den Tourismus kann Kultur eine aktive

Rolle spielen. Wo es um ein Stadtimage allein geht, kann es auch sein, dass Kultur eben keinen Betrag liefert. Nicht jede Stadt braucht ein kulturelles Profil. Es gibt auch andere Wege der Alleinstellung. Und wo – wie im Marketing üblich – von „Alleinstellung“ gesprochen wird, da muss auch gesagt werden, dass hier eine kulturelle Präsentation gefordert ist, die von der andernorts unterschiedlich ist. Das widerspricht aber dem häufig anzutreffenden Bestreben in der kommunalen Kulturpolitik, möglichst ein „vollständiges und umfassendes“ Kulturangebot vorzuhalten, um den Standort stark zu machen, was immer „vollständig und umfassend“ heißen mag. Wo aber mit öffentlicher Förderung überall darum konkurriert wird, dasselbe anzubieten, wachsen nur die öffentlichen Zahlungsverpflichtungen, nicht aber das Image einer Region.

Kulturelles Erbe schließlich entsteht nicht durch die Förderung, sondern ist der Kulturpolitik an vielen Orten als Aufgabe vorgegeben. Welche Gestaltungsräume gibt es? Was kann in die Verantwortung von Privaten gegeben werden, was muss öffentlich unterhalten werden? Ihrer Verantwortung für das kulturelle Erbe können sich öffentliche Hände nicht vollständig entziehen. Sie bleibt auch, wo das zu pflegende kulturelle Erbe die finanzielle Kraft einer Gebietskörperschaft übersteigt: Dies ist oft der Fall, wo lokale Gesellschaften demografisch und wirtschaftlich nicht wachsen, sondern schrumpfen. Gestaltbar sind Ziele im Detail und ist der Umgang mit den Beständen kulturellen Erbes.

Für alle diese Felder müssen kulturpolitische Ziele für die Kulturpolitik festgelegt werden. Deutlich sollte sein: Ziele können sich immer nur auf die spezifische Situation beziehen. Allgemeine Bekenntnisse helfen nicht weiter, denn kulturpolitische Förderanlässe werden sich beliebig vermehren, wenn es nur eine Bereitschaft gibt, öffentliches Geld für sie bereitzustellen. Joseph Beuys meinte es zwar anders, aber sein Satz kann auch hier angeführt werden: „Jeder Mensch ist ein Künstler“. Und wenn Kunst nach heute weit verbreiteter Vorstellung ohne öffentliche Alimentierung nicht florieren kann, ist jeder Künstler ein potentieller Förderanlass.

Kulturpolitische Ziele müssen immer Ziele sein, deren Wirkungen den öffentlichen Raum betreffen. Es lässt sich nun auch sagen, was nicht kulturpolitisches Ziel sein kann:

- Die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern ist kein kulturpolitisches Ziel. Solche Förderung würde sich ja primär auf das Wohlergehen von Personen richten. Und es würde sich sofort die nicht lösbare Frage stellen, welche Künstlerinnen gefördert werden sollen und welche nicht. –
Allerdings: Es sind auch Konstellationen vorstellbar, in denen eine Unterstützung der Arbeitsbedingungen von Künstlern in öffentliches Ziel sein kann, etwa eine Atelierförderung oder ähnliches. Die erhoffte öffentliche Wirkung wäre dann, dass das Agieren der Künstler im öffentlichen Raum (Anschauung) gewollt wird, oder dass ein Ort als Kunstort profiliert werden soll, was dem Standortimage helfen mag (Leipzig z.B. nutzte die Sichtbarkeit der Leipziger Schule für seine Standortarbeit).
- Die Förderung von kulturellen Initiativen und freien Gruppen ist kein kulturpolitisches Ziel. Wieder würde solche Förderung sich auf das Wohlergehen der beteiligten Personen richten. Und die Frage wäre ganz dieselbe wie bei der Künstlerinnenförderung: Wo die Grenze ziehen? –
Allerdings: Die Aktivitäten solcher Initiativen und Gruppen können sehr wohl im Zielkorridor der Kulturpolitik liegen. Dies dann, wenn sie ein Angebot im öffentlichen Raum machen, das im Zielfeld von Kulturpolitik liegt. Konsequenterweise sollte dann aber nicht die Gruppe, sondern die entsprechende Aktivität Gegenstand kulturpolitischer Unterstützung sein, also nicht das Sein, sondern das Tun.
- Die Unterhaltung oder Förderung von kulturellen Institutionen ist kein kulturpolitisches Ziel. Diese Aussage folgt der Logik des eben Gesagten. Ich mache es am Beispiel plastisch: Nicht die Existenz des Stadttheaters Bremerhaven ist das öffentliche Ziel, sondern die von ihm ausgehende Wirkung in die Stadtgesellschaft hinein (und vielleicht auch die für das Standortimage, Alleinstellung oder nicht).

Ich will verallgemeinern: Es geht in der Kulturpolitik um die Umsetzung von Zielen, also um Wirkungen, und nicht um den Bestand von Institutionen, Initiativen, Förderprogrammen. Daraus folgt, dass die Kultureinrichtungen nur wegen ihrer Aktivität gefördert oder unterhalten werden. Und daraus folgt auch – das könnte für Geförderte möglicherweise durchaus schmerzlich sein und wird immer zu erheblichem Widerstand führen – dass die Förderung dann einzustellen wäre, wenn die entsprechenden

Wirkungen anders oder von Anderen in gleicher Qualität, aber z.B. preisgünstiger zu erstellen wären.

Damit kommen wir zur Frage, wie kulturpolitische Ziele erreicht werden können. Zunächst sei an einen Umstand erinnert, der in der kulturpolitischen Debatte gern verdrängt wird, denn diese Debatte fokussiert immer auf die Möglichkeiten der Öffentlichen Hände und eben nicht auf den kulturellen Sektor als Ganzes: Der größte Teil der kulturellen und künstlerischen Angebote in Deutschland entsteht nicht aus der Alimentierung durch die Öffentlichen Hände, sondern ohne öffentliches Zutun in der Privatwirtschaft. – Vor einigen Jahren war ich für das Land Niedersachsen an einer Untersuchung beteiligt, in der wir versucht haben, die privatwirtschaftlichen, öffentlichen und aus der Zivilgesellschaft stammenden Anteile des Kulturangebots zu quantifizieren. Das Ergebnis war: Privatwirtschaft / Öffentliche Kulturfinanzierung / Zivilgesellschaftliches Engagement verhalten sich wie 100 / 10 / 1. – Man sollte sich diese Zahlenrelation immer vor Augen halten, wenn man sich über die Reichweite von Kulturpolitik Gedanken macht. Sie dürfte sich in den zehn Jahren seit der Untersuchung kaum verändert haben.

Kommunen in Deutschland haben mehrere Handlungsmöglichkeiten zur kulturpolitischen Gestaltung. Zunächst und an erster Stelle ist natürlich daran zu denken, dass eine Stadt selbst als Kulturanbieter auftreten kann. Durch die Unterhaltung von Institutionen, durch die Organisation von Veranstaltungen, kann eine Kommune das Kulturangebot in ihrem Handlungsgebiet gestalten und erweitern.

Häufiger und wichtiger ist Geld als Steuerungsmittel. Auch die Eigenaktivitäten sind ja in der Praxis oft Geldflüsse aus dem kommunalen Haushalt an Institutionen, die mit kulturellen Leistungen beauftragt sind und die zu einem gewissen Grad in ihrem kulturellen Handeln, aber im Rahmen des öffentlichen Auftrags, autonom agieren können. Geld steuert als Kulturförderung Gruppen und Initiativen, die sich dafür verpflichten, entsprechende kulturelle Leistungen zu erbringen.

Die öffentliche Hand hat noch andere Ressourcen zur kulturpolitischen Gestaltung. Zunächst ist nicht zu unterschätzen, dass in der Kulturverwaltung die Arbeits- und Initiativkraft von Menschen zur Verfügung steht, die steuernd, vernetzend, Ideen generierend oder auch planend Kultur in der Stadt gestalten. Dann hat eine Kommune in der Regel sachliche Ressourcen, namentlich Räume, die zur Verfügung gestellt werden können, wobei wiederum Geld eine Rolle spielen mag in Form von vergünstigten oder erlassenen Mieten und ähnliches. Manche Städte halten Ausrüstung bereit, die sie für eigene Veranstaltungen verwenden, die aber auch dritten Kulturanbietern zur Verfügung stehen. Und auch hier kann über den Preis gesteuert werden. Schließlich gibt es die Möglichkeit, im Rahmen der kommunalen Handlungsspielräume rechtlich zu gestalten, private Initiative zu ermöglichen, zu unterbinden, mit Auflagen versehen, raumplanerisch vorzugehen u.ä.m.

Es gibt also ein ganzes Bündel an Eingriffsmöglichkeiten für eine Kommune, um ihre Ziele kulturpolitisch umzusetzen. Und es gehört hierzu natürlich auch, dass eine Stadtverwaltung mit ihrer Professionalität in der Lage ist, auch auf Mittel Dritter, etwa eines Bundeslandes oder auch Bundes- und europäische Fördermittel zurückzugreifen, die einzelnen Initiativen und Privaten nicht zugänglich sein mögen und diese zum Wohle der kommunalen Kultur einzusetzen oder weiterzugeben.

Für Kulturpolitik wie für alle anderen Bereiche öffentlichen Handelns gilt das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, geht es doch bei den Ausgaben der Öffentlichen Hände um Steuergelder, also um Mittel, die den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen vorher weggenommen wurden. Aber am Wirtschaften entzündet sich eine Kontroverse, die in den kulturpolitischen Debatten immer aufflammt. – Ich möchte einen Moment beim Thema „Kultur und Wirtschaft“ verweilen.

Kulturpolitisches Standardargument gegen den Anspruch, dass sich geförderte Kultur wirtschaftlich zu verhalten habe, ist, einen „Gegensatz zwischen Kultur und Wirtschaft“ zu behaupten. Kunst und Kultur, mit ihrer Verpflichtung auf das Kunstwerk oder das Schöne seien das genaue Gegenteil von „der Wirtschaft“, denn deren Daseinszweck sei allein der

Gewinn. Und es sei doch selbstverständlich, dass schon das Ziel künstlerischen Schaffens es verbiete, sich daran zu versuchen, einem Profit zu erzielen, denn das zerstöre Wesen und Qualität der Kunst.

Ich denke, dieses Bild und dieser Gegensatz sind nicht haltbar. Es ist sicherlich richtig, dass Profit nicht das primäre Ziel künstlerischen Tuns ist. Das hat Kunst mit vielen anderen menschlichen Betätigungsfeldern gemeinsam. Profit ist nicht das Ziel von Liebe, nicht das von gegenseitiger Hilfe in Familien, Pflege und Erziehung, nicht das von Freizeit, Hobby, Sport, vielem anderem mehr. Und übrigens ist selbst letzter Zweck der Wirtschaft die Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten. Aber das trifft die Kulturförderung nicht. Wo Kultur gefördert wird, geht es ja nicht um Profit, sondern um Aktivitäten, die eben nicht profitabel betrieben werden können. Und die Polemik gegen „die Wirtschaft“ operiert entsprechend mit einem falschen Gegensatz. Sprechen wir nicht von „der Wirtschaft“, sondern von „Wirtschaften“ oder wirtschaftlichem Verhalten, dann geht es nicht mehr um ein Profitziel, sondern um einen Modus des Tuns. Wirtschaften heißt, den Einsatz öffentlicher Ressourcen zu optimieren, möglichst wenig öffentliche Ressourcen zu verbrauchen, um das öffentliche Ziel zu erreichen. Wird das nicht getan, steigt die Steuerrechnung an die Bürgerinnen und Bürger. „Wirtschaften“ heißt eben nicht, dass kulturpolitische Ziele unter einem Diktat der Kostendeckung stehen: Wo Kosten gedeckt werden können, bedarf es keiner Förderung.

Wirtschaften ist ein universelles Prinzip menschlichen Handelns. Wirtschaften ist die Antwort auf eine Diskrepanz zwischen Ressourcen und Wünschen. Oder zwischen Knappheit und Verschwendung. Mein Birnbaum hing voll. Ich habe geschwelgt, ich habe viele Birnen sofort gegessen. Jetzt ist das Fest vorbei. Zum Glück habe ich eingekocht. Mit dem Kompott, dem Saft und dem Wein muss ich nun wirtschaften: das muss bis zum nächsten Jahr reichen.

Dem Gegensatz von Knappheit und Verschwenden kann sich auch der Kultursektor nicht verschließen. Feste haben ihren Platz und der Umgang mit Knappheit hat den seinen. – Wenn dauernd Überfluss herrscht, können immer Feste gefeiert werden. Dann allerdings merkt niemand

mehr, dass gefeiert wird. Vielleicht leben viele Menschen unseres Weltkreises und unserer Generation längst in einem ständigen Fest – und merken es nicht.

Wenn öffentliches Geld für Kultur knapp ist, wird schnell von der ‚Ökonomisierung der Kunst‘ oder ‚Ökonomisierung der Kultur‘ gesprochen. Was ist Ökonomisierung? Im Zusammenhang mit Verteilungskämpfen um öffentliche Ressourcen bedeutet Ökonomisierung, dass Kulturinstitutionen Knappheit erfahren. Öffentliche Taschen sind tief: Viel Steuergeld geht rein und auch viel Fördergeld raus. Aber trotzdem sind sie begrenzt. Die Aufteilung öffentlicher Mittel auf öffentliche Zwecke wird politisch ausgehandelt. Der Begriff der ‚Ökonomisierung‘ mit seinem fundamentalen und kritischen Ernst ist in dieser Aushandlung eine große Keule, die geschwungen wird, um solche Abwägungen zu beeinflussen. Ähnlich große Keulen wie die Kultur mögen allerdings auch von anderen Sektoren schwingen. Und das hatten wir schon: Wer möchte bei Bildung, Kindergärten, dem Autobahnbau, der Integration von Geflüchteten oder der Gesundheit sparen?

Kann es eine Kultur geben, in der nicht gewirtschaftet wird, eine Kultur vor oder außerhalb der Ökonomie? Gewirtschaftet wird überall, nicht nur im Kapitalismus. Und zumindest in differenzierten Gesellschaften, in denen Kultur und Religion eigenständig institutionalisiert sind, kann der Kulturbetrieb nicht damit rechnen, dass er als höherrangiger Sinngelber fraglos und in jeder Höhe aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird. Auch als Kultur noch die Identität stiftete und die Sitte schützte: Die mittelalterlichen Kirchen wie der mittelalterliche Staat beanspruchten je ein Zehntel, für den religiösen Apparat und für die Kulturleistung, mehr nicht. Heute sind wir bei den Steuersätzen viel weiter.

Nach dem Gesagten kann ich mir erlauben, mit Kategorien des Wirtschaftens, der Steuerung, des Managements, des Controllings über öffentliche Kulturförderung zu sprechen: ich hoffe, ohne dass man mir vorwirft, ich würde nur die Sache einer „Ökonomisierung der Kultur“ betreiben.

Wenn öffentliche Kulturförderung an öffentlichen Zielen ausgerichtet ist, dann kann die Kontrolle des Erfolgs dieser Förderung an diesen Zielen erfolgen. Die Fragen dabei sind: Haben die Geförderten den mit der Förderung übernommenen öffentlichen Auftrag erfüllt? Haben sie ihn in einer wirtschaftlichen Weise erfüllt – oder: wäre er mit einem geringeren Mitteleinsatz erfüllbar? Darüber schweben die kulturpolitischen Fragen: möchten die politisch Verantwortlichen die sich in der Förderung manifestierenden politischen Ziele weiter verfolgen? Möchten sie Ziele streichen, ersetzen, präzisieren, ergänzen? Und: sind diese Ziele mit den kulturpolitischen Ressourcen erfüllbar? Es hilft ja nicht, viel zu wollen, aber es nicht bezahlen zu können. – Wenn Politik und Verwaltung entlang dieser Fragen arbeiten, entsteht zu den Zielen eine Selbst- und Fremdkontrolle, ein Controlling, in dem Kulturpolitik und Kulturverwaltung sich selbst einen Spiegel vorhält, in dem sie sehen kann, wie gut sie gearbeitet haben. Woraus natürlich folgen wird, dass mögliche Schwierigkeiten in der nächsten Runde möglichst behoben werden.

Der Blick auf Kulturpolitik durch die wirtschaftliche Brille muss noch durch ein weiteres, diesmal volkswirtschaftliches Thema ergänzt werden. Ich hatte schon erwähnt, dass Kulturförderung nur einen kleinen Teil des Kultursektors erreicht. Das Verhältnis von 100 / 10 / 1 für Kulturwirtschaft, Öffentliche Kultur und zivilgesellschaftliche Kultur war genannt. Ich möchte nun der Frage nachgehen, wie öffentliche Kulturförderung auf jenen privatwirtschaftlichen Sektor wirkt.

Ich möchte einige Beobachtungen zu diesen Nebenfolgen zusammentragen, nicht systematisch, aber hoffentlich ausreichend, um die Schlussfolgerung zu tragen, dass Kulturförderung immer auch mit Blick auf solche Nebenfolgen betrachtet werden muss. Das ist ein vielleicht ungewohnter Blick auf das öffentliche Handeln. Denn dieses Handeln wird meist von der Vorstellung getragen, dass öffentliche Förderung in der Kultur „gut“ ist; die Kulturszene, soweit sie von Förderung profitiert, ist davon ohnehin überzeugt. Und vom „Guten“ kann man bekanntlich nicht genug haben.

Denken wir an eine Gruppe engagierter Kulturschaffender, denen es gelingt, für das, was sie tun und tun möchten, von einer öffentlichen Hand Geld zu bekommen. Was wird diese Gruppe tun?

Erst einmal feiern. Öffentliche Förderung ist in Deutschland wie der Ritterschlag für Kulturschaffende. „Wir gehören dazu, wir sind kulturell wertvoll, anerkannt.“ Manchmal reicht Förderung sogar so weit, dass eine Einrichtung nun unter auskömmlichen wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten kann. – Gut so!

Nach der Feier wird der nächste Gedanke aber sein: Wie lässt sich dieser erfreuliche Zustand aufrechterhalten, wie kann Förderung auf Dauer sichergestellt werden. Und genau an dieser Stelle werden fast zwangsläufig zwei Entscheidungen getroffen.

Die eine: Sicherheitshalber machen wir das weiter, wofür wir die Förderung bekommen haben. Geförderte werden eher auf das Bewährte setzen. Auch das muss nicht schlecht sein.

Die zweite: Aus der Überlegung, dass öffentliche Förderung begrenzt ist und dass man nun zu den Privilegierten gehört, werden Geförderte darauf hinwirken, dass sie selbst – und nicht womöglich irgendjemand anderes – auch zukünftig die Förderung bekommen sollen. Denn nicht geförderte kulturelle Aktivitäten sind Konkurrenten um die Fördermittel, solange die Fördertöpfe nicht wachsen.

Es gibt also gute Gründe, dass der geförderte Sektor sich tendenziell schließt, um seinen Status zu sichern. Es gibt dann bald zwei Welten, die drinnen und die draußen. Und auch wenn in der Kulturpolitik nicht viel über Konkurrenz um Fördermittel gesprochen wird: Die Diskussion der Institutionen drinnen ist ganz anders als die der Aspiranten draußen. Eine Initiative wie „Art but Fair“ arbeitet an dieser Konkurrenzlage, ohne die Interessenpositionen klar auszusprechen. Es kann aber nicht sein, dass alle drinnen sind: potentiell gibt es – wie gesehen – unendliche viele mögliche Förderzwecke und Anlässe, aber nur begrenzte Ressourcen.

Wie sähe denn eine sensible Förderung aus, die solche Umstände mit bedenkt? Das Prinzip ist klar: sie müsste ihre Ziele in einer Weise verfolgen, die nicht die Chancen in den Kulturmärkten dauerhaft ungleich verteilt, sondern die Voraussetzungen der Teilnehmer in einem Markt etwa gleich lässt. Wenn so etwas gelingt, würde gleich auch ein zweites mit erreicht: dass alle Künstler und Kulturarbeiter unter einer ähnlichen Anspannung stünden, eine gute Qualität im Sinne der öffentlichen Ziele zu erzeugen. Es gäbe nicht mehr solche, denen es wegen der Förderung gut geht und andere, die draußen stehen. Prekäre Beschäftigung entstünde dann entlang einer Qualitätslinie dort, wo eine künstlerische Leistung ihre Nachfrage nicht findet. Sicherlich traurig, aber strukturell kaum zu vermeiden. -- Auch wenn es zu viele Baufirmen in einer Stadt gibt, werden sie über Preis und Qualität konkurrieren und es mag sein, dass einige dann keinen befriedigenden Umsatz erzielen: Nur würde niemand die Idee der Innung ernstnehmen, dass hieraus eine Forderung an den kommunalen Haushalt abzuleiten wäre. In der Kultur ist das manchmal anders.

Gedanklich und grundsätzlich ist die Forderung nach einer Förderung strikt nach Zielen leicht nachvollziehbar. Die Probleme liegen in der Realisierung einer solchen in Bezug auf Institutionen neutralen Förderung. Je nach Kultursparte und Art der Förderung müssen unterschiedliche Ordnungsarrangements gefunden werden. Leicht ist es, wo es um künstlerische Veranstaltungen geht: dort kann Förderung von gewünschten Vorstellungskategorien sich auf die Infrastrukturen dieser Veranstaltungen beziehen. Die Veranstaltungen selbst würden von freien Anbietern kommen. Eine Intendanz verteilt die Chancen, sie arbeitet im öffentlichen Auftrag und auf Zeit, so dass keine Erbhöfe entstehen. Buchstabiert man Theater so durch, kommt man zu einem System, was sich vom derzeitigen stark unterscheidet. Aber es wäre auch der Gegensatz von etablierten und freien Theatern verschwunden.

Bei der Bearbeitung des kulturellen Erbes etwa ist institutionelle Förderung kaum zu vermeiden. Es gibt beispielsweise ein öffentliches Interesse an und eine öffentliche Verantwortung für Museumssammlungen.

In der kulturellen Bildung dagegen gibt es wieder einfache Lösungen: Nehmen wir das Beispiel der Musikschulen. Der Unterricht kann in privaten Verträgen organisiert werden. Öffentliche Räume können zugänglich gemacht werden. Musikschulen werden zu Qualitätsinstitutionen umgebaut, die den Musikunterricht freier Lehrer zertifizieren. Qualität ist so auch ohne großen Apparat zu erreichen. Wie Ensemblespiel zu organisieren ist, müsste man je vor Ort erarbeiten. Auch hier kann die Musikschule / das Qualitätsinstitut vermitteln. Hier mag ein Schulorchester der Kern sein, dort das Ensemble einer privaten Musikschule. Die Preise für Musikunterricht bilden sich auf dem Markt, zertifizierte Lehrer werden wahrscheinlich höhere Honorare realisieren können als solche ohne Zertifikat. Und der soziale Zugang? Auch wenn man den See hochpumpt, kriegt man ein löchriges Boot nicht zum Schwimmen. Es wäre leichter, das Loch im Boot zu stopfen. – Mit anderen Worten: warum werden nicht die förderbedürftigen Klienten gefördert, wenn das öffentliche Ziel ist, für diejenigen, die sich den Zugang nicht leisten können, ihn doch zu ermöglichen? Beispiele dafür gibt es etwa in den Sozialtarifen für Kindergärten: Da funktioniert so etwas.

Eine für ihre Folgen sensible Förderung würde starke und langfristige institutionelle Engagements vermeiden, wo immer das der Sache nach möglich ist. Denn jede Förderung von Institutionen verfestigt Anspruchshaltungen und erzeugt einen Sog zur Erhaltung dieser Institutionen. Welche Politiker möchten schon etwas schließen? Das gibt nur Unruhe.

Eine solche Umorientierung ist schwierig. Aber der Perspektivwechsel bleibt notwendig. Auf den Zweck der Förderung zu sehen, auf das Gute, das damit erreicht werden soll, ist das eine. Aber es muss auch der Kontrollblick über die Schulter erfolgen, die Frage beantwortet werden, was Förderung in den künstlerischen und den Kulturmärkten anrichtet. Schön, wenn Politik stolz darauf ist, wie gut es den Geförderten geht, Nicht schön, wenn diese Politik Ungleichheit und Armut mit produziert, ohne dies als Folge des eigenen Tuns wahrzunehmen.

Betrachte ich nun gegen den Hintergrund des Ausgeführten die „Ergebnisse 2017 und Empfehlungen“ der „Zukunftswerkstatt Bremerhaven Kultur“, dann möchte ich zumindest einige der Festlegungen kommentieren.

- Im Schwerpunktthema „Junges Bremerhaven“ zeigt sich eine Ambivalenz. Auf der einen Seite wird konstatiert, dass die „Freie Szene“ unterfinanziert ist und „langfristig tragfähig“ abgesichert werden soll. Das ist aus meiner Sicht ein unendliches Geschäft: Es lässt sich keine Szene absichern (wo wären die Grenzen), sondern es sollen öffentliche Ziele verfolgt werden. Konkreter geht es dann aber um solche Ziele, nämlich „innovative Projekte“ und die Anregung der Eigenaktivität von jungen Menschen, dies bei der Setzung von Schwerpunktthemen. Da geht es deutlich um Ziele. Ich denke, hier ist die Kulturpolitik noch nicht ganz klar.

In der kulturellen Jugendbildung wird geht Bremerhaven mit der derzeit überall deutlichen konzeptionellen Schwierigkeit, dass Zuständigkeiten zwischen Kommune und Land immer unklarer geworden sind und dass wenig koordiniert wird. Der Vorschlag, kulturelle Jugendbildung außerhalb der Schule (also in kommunaler Zuständigkeit) an einem Ort zu konzentrieren, ist interessant. Aber vielleicht geht er in zwei Hinsichten nicht weit genug: einmal wäre grundsätzlich die Frage tatsächlich einmal zu bearbeiten, wie die schulischen und außerschulischen Aktivitäten zusammenzuführen sind, das geht ja tief bis in die Frage der Finanzierung der Bildungsarbeit. Zum anderen ist die Frage, welche Aktivitäten tatsächlich öffentlich bereitgehalten werden müssen und wo intelligente Lösungen mit privatwirtschaftlichen Anteilen gefunden werden können. Das wäre ja auch eine Art Förderung der „freien Szene“.

- Die Überlegungen zur Vernetzung von Stadtentwicklung und Kulturpolitik unter dem Titel „Imagewandel“ sind alle gültig und wichtig. Besonders beeindruckt haben mich die Überlegungen eine Flächenpolitik zu machen, die Freiräume schafft und dann zu sehen, was auf diesen Flächen kulturell passiert.
- Das Thema „Außendarstellung / Kulturtourismus“ ist immer ein Schwieriges. Bremerhaven hat eine gute Hardware, daran kein Zweifel. Sichtbarkeit ist ein weitaus schwieriges Problem in einem Land, in dem ein gutes und interessantes gefördertes Kulturangebot fast überall in den Städten gibt. Bremerhaven wird mit der Schwierigkeit zu kämpfen haben -- auch das steht richtig in den Empfehlungen -- dass die Stadt keine genuin kulturtouristische Destination ist, sondern dass das Kulturangebot „auch“ wahrgenommen wird.

- Einen Schwerpunkt „Diversität“ zu setzen, ist ein schönes Beispiel dafür, wie Kulturförderung durch Ziele gesteuert werden kann.
- Unter der Überschrift „Erweiterung der Fördermöglichkeiten“ steht nicht nur Bedenkenswertes, sondern meines Erachtens auch Bedenkliches: Vielfalt und Qualität im Kulturangebot -- so wird argumentiert -- ergibt sich schon aus der „Existenz der Kultureinrichtungen und -initiativen“. Da hätte ich nach viel Erfahrung mit der öffentlichen Kultur Bedenken. Ich denke, kulturpolitische Aufgabe ist nicht, „die Existenz“ der Einrichtungen und Initiativen „langfristig abzusichern“, sondern sie dazu zu bewegen, Projekte zu entwickeln, die im öffentlichen Interesse liegen.